

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Agitationen nehmen die Parteien an die Handlung der Verhandlungen entgegen. — Inhalt verteilbar. Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 46.

Verleger: A. Auer, Leipzig, Postfach 101. Druck: A. Auer, Leipzig, Postfach 101.

Telegramme: Cagelitz Kurgedings. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 101

Nr. 46

Dienstag, den 24. Februar 1925

20. Jahrgang

Der Reichsbannertag in Magdeburg

Am Sonntag wurde sich der Gründungstag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zum ersten Male. Die Teilnehmer der verschiedenen Organisationen republikanischer Kriegsteilnehmer schlossen sich vor einem Mann in Magdeburg zu einer Reichsorganisation unter dem Namen „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ zusammen.

Schon am Vorabend des einjährigen Gründungstages waren aus nah und fern zahlreiche Ortsgruppen des Reichsbanners mit etwa dreißig Sonderzügen eingetroffen. Ganz besonders gefeiert wurden die Desterreicher, die als Vertreter des republikanischen Schutzbundes mit Nationalrat Dr. Deutsch, dem Gründer und Führer des Bundes an der Spitze, in einer Stärke von etwa sechzig Mann am Sonntag eintrafen. Ein Mitglied des Bundesvorstandes des Reichsbanners begrüßte in einer Ansprache die österreichischen Kameraden: „Die Bände, die uns als Deutsche umschlingen,“ so führte der Redner u. a. aus, „sollen durch den Reichsbannertag fester geknüpft werden. Wir wollen bekunden, daß wir ein einzig Volk von Brüdern sind.“ In seiner Erörterung brachte Nationalrat Dr. Deutsch zum Ausdruck, daß die Republikaner Deutsch-Oesterreichs eines Sinnes sind mit den deutschen Reichsbannerleuten, sie wollten die Republik mit allen Kräften schützen. Dann führte er weiter aus: „Was uns verbindet, ist die gemeinsame Ueberzeugung, daß es gilt, die republikanische Staatsform zu verteidigen, weil sie allein der Boden sein kann, auf dem eine friedliche Entwicklung unseres Volkes möglich ist. Können die Sachbürger oder Dolmetscher wieder, dann wäre es vorbei mit dem Anschluß so wie es früher unmöglich war, ein geeintes deutsches Reich zu bilden, da jeder der Fürsten seinen Sonderstaat regieren wollte. Monarchie bedeutet Zerstückelung des deutschen Volkes, Republik bedeutet die Möglichkeit eines geeinten Deutschlands.“

Die öffentlichen Veranstaltungen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am Sonntag begannen mit einem Festakt in dem prächtig geschmückten Stadttheater. Die Zahl der Sonderzüge war unterdessen auf 100 gestiegen. Als Gäste waren u. a. erschienen: Reichstagsler a. D. Dr. Wirth, Reichstagspräsident Löbe, Staatsminister a. D. Haas und Reichstagsabgeordneter Erkelens. Nachdem Oberbürgermeister Behm die Erschienenen im Namen der Stadt begrüßt hatte, ergriß der Gründer und Bundesvorsitzende des Reichsbanners Oberpräsident Hering das Wort. Er gedachte zunächst der Toten von Dortmund, von denen 88 dem Reichsbanner angehörten. Dann gab er einen Überblick über die Ziele des Reichsbanners. Ferner trachen Reichstagspräsident Löbe, Dr. Wirth, Dr. Haas, der österreichische Minister a. D. Dr. Deutsch und Dr. h. c. General v. Schönath. Inzwischen hatten sich die einzelnen Reichsbannerabteilungen auf dem Domplatz versammelt, um die kurzen Ansprachen des Oberpräsidenten Hering, des Reichstagsabg. Müller-Frankens des Vertreters des republikanischen Schutzbundes von Oesterreich Dr. Wichter und anderer anzuhören. Die Feier verlief bis auf geringfügige kommunistische Störungen ruhig. Bei vorläufiger Schließung muß man annehmen, daß 120 000 Teilnehmer anwesend waren.

Aus der Rede des Bundespräsidenten Hering entnehmen wir den Mitteilungsbericht des „Reichsbanners“ den er mit 9 Millionen angibt.

Am den Reichspräsidenten, Ebert wurde ein Begrüßungstelegramm geschickt:

„Biele Tausende in Magdeburg versammelte Reichsbannerleute erwiderten dem Herrn Reichspräsidenten ihren Gruß und gelobten unabweisbare Treue zur deutschen Republik.“

Die weitere Verschleppung des Kontrollberichts.

„Times“ meldet, nachdem der endgültige Bericht der S. R. A. vorliegt, nehme die Frage des weiteren Verfahrens die volle Aufmerksamkeit der alliierten Regierungen in Anspruch. Die deutsche Regierung habe bei verschiedenen Gelegenheiten den Wunsch nach mündlichen Verhandlungen zu dem Bericht der Kontrollkommission ausgesprochen und scheine anzunehmen, daß die Methode der direkten Verhandlungen in diesem Falle ebenso wie früher bei der Regelung der Reparationsfrage mit Nutzen angewendet werden könne. Der Wunsch der deutschen Regierung, von den Alliierten gehört zu werden, mache es notwendig, in Erwägung zu ziehen, wann und wie Deutschland zur Beratung dieser Frage zugezogen werden solle. Auf Grund der vertraglichen Rechte würde es das Richtige sein, wenn sich die Alliierten über den Zeit der Reichs einigen und sie auf dem diplomatischen Wege nach Berlin senden würden. Die andere Methode, nämlich nach dem Kon-

trill der letzten Londoner Konferenz die Wünsche der deutschen Regierung und ihre Bemerkungen im Laufe von Verhandlungen vor einer endgültigen Entscheidung zu hören, sei sicher elastischer, doch könne sie natürlich nur im Falle vollständiger Einigkeit zwischen Großbritannien, Frankreich und Belgien bei dieser heiklen Frage angewandt werden.

Auf jeden Fall also, da die „Einigung“ noch in weitem Maße liegt, Verschleppung. Das Beste muß die Veröffentlichung des Kontrollberichts sein.

Ablehnende Haltung Italiens in der Kontrollfrage.

Die „München-Kupfburger Abendzeitung“ meldet aus Rom: Mussolini hat der „Tribuna“ zufolge abgelehnt, einem deutschen Gesuchen näherzutreten, das eine Milderung auch der Kontrolle der deutschen Privatfabriken anstrebt. Von der ablehnenden Haltung des italienischen Kabinetts wurde der deutsche Botschafter durch Mussolini am Donnerstag persönlich unterrichtet.

Paris lehnt Verhandlungen ab.

Die mehrfach mitgeteilte Ansicht der Reichsregierung, an den künftigen interalliierten Besprechungen wegen des Kontrollberichts der Militärkontrollkommission teilzunehmen, wird in Frankreich als unzulässig abgelehnt.

In England wird Stimmung dafür gemacht, Deutschland könne sich zum Bericht der Kontrollkommission äußern, man könne darüber mit Deutschland verhandeln, was eigentlich jetzt geschehen solle. In Paris teilt man diesen Wunsch nicht; „Times“ und „Welt“ lehnen die Mitrede Deutschlands ab.

Tschecha-Prozeß.

Die Vernehmung des Boege am Sonnabend brachte keine wesentliche Veränderung. Ein Versuch des Reichsanwaltes, das Beweismaterial für die Wichtigkeit der ursprünglichen Aussagen des Boege zu erweitern, wurde aus formellen Gründen aufgeschoben. Interessant waren die Aussagen Boeges über die Verhaftung. Man war am 27. Februar, also gute sechs Wochen nach der Tat gegen Raufsch, in einer Stützpunkt-Beimwohnung beisammen. Kurz zuvor hatte König den Sohn der Polizei in die Hände gespielt. Die Witin der Wirtschaft machte auf die Polizeistunde aufmerksam und warnte vor den Unannehmlichkeiten, die die revidierende Polizei bereiten könnte. Auf Veranlassung des Reumann blieb die Gesellschaft trotzdem sitzen. Die Polizei kam, verlangte Ausweis, und Reumann, der die falschen Pässe für sich und seine Gruppe in der Tasche hatte, legitimierte sich nicht und ließ sich wegen mangelnder Ausweise auf die Wache mitnehmen. Die Verteidigung machte Reumann daraus den Vorwurf, daß er sich damit der Polizei auf dem Polizeirevier dargeboten habe.

Im weiteren Verlaufe kam es zu einem belustigenden Zwischenfall. Des wohlhabende Boege, gegen den ja auch Anklage wegen Hochverrat erhoben worden ist, besandte sich zur schlichten Freude des befragenden Verteidigers Wolf, daß die rote Revolution im Jahre 1923 erst ausbrechen sollte, nachdem die Deutschen die Regierung und Verfassung gestürzt hätten. Rechtsanw. Samter schote die Fragen Wolfs noch einmal nach und Boege verzog seinen ursprünglichen Speech und erklärte, man habe gleichzeitig „in demselben Augenblick“ wie die Faschisten losgeschlagen wollen. Das war's ja, was die Reichsanwaltschaft wissen wollte.

Am Nachmittag Margies! Eine Typo. Schwere zu schildern... aber soviel steht fest, man möchte ihn nicht gern allein in dunklen Straßen begegnen. Natürlich will er eine Rolle spielen. Er lehnte es ab, vor den Richterisch zu treten und begründet das damit, daß er sich schon einmal an einem Staatsanwalt vergriffen habe. Man ließ ihn also am Platz. Er schilderte dann ausführlich mit lausigen herzlicher Interessiertheit die Herstellung einer Bombe und ihre Versuchsvorbereitung. Dabei ist er unwahrscheinlich sachlich. Es kommt natürlich zu Widerprüchen mit den Aussagen von Reumann, der genau vor Margies sitzt. Margies schien erregt, macht hinter dem Rücken des Reumann seltsame Handbewegungen. Ein ungemütlicher Eindruck, dem offenbar auch der Präsident nachgibt, indem er Reumann einen Platz vor dem Richterisch anweist. Darüber großes Entsetzen bei der Verteidigung, die daraus eine Sonderbehandlung des Reumann konstruierte. Erwägung mit Niederlegung der Verteidigung, Beratungen, es bleibt bei einem Nichtmuenstum der Verteidigung gegen Präsident Rechner. Man wird das voraussichtlich immer dann erleben, wenn die Verteidigung wieder einmal eine Schlappe erlitten hat. Und da bei Gott und Dr. Samter kein Ding unmöglich ist, wird das noch recht oft der Fall sein.

300 Kommunisten vor Gericht.

Ein Massenprozeß, wie ihn Deutschland selten erlebt hat, beginnt heute vor der politischen Strafkammer des Altonaer Landgerichts. 300 Kommunisten sind wegen Teilnahme an den Unruhen in Schiffsbei bei Hamburg am 28. Oktober 1923 angeklagt. Da etwa 800 Zeugen vernommen werden müssen, werden die Verhandlungen mindestens sechs Wochen dauern. Wegen des beschränkten Raumes im Gerichtsgebäude wird gegen die Angeklagten in sechs Staffeln verhandelt. Die Angeklagten hatten mehrere Polizeiwachen überfallen, Waffen geraubt, die Telefonverbindungen zerstört, Barricaden und Schützengräben errichtet. Ein von ihnen gefangen genommener Polizeiwachmeister Johannsen wurde später in einer Bedärftisanstalt hinter Räder erschossen aufgefunden. Als die Hamburger Polizei mit zwei Panzerautos, unterstützt von einem Kampflieger und einem Landungscommando des in Hamburger Hafen liegenden Kreuzers Hamburg ankam, ergriffen die Auftrager nach geringem Widerstande die Flucht und nach kurzer Zeit war der Aufruhr niedergeschlagen.

Jidos Krell in Augsburg verhaftet.

Der in dem schwedischen Prozeß des Reichsbannerführers Ebert in Magdeburg oft genannte Belastungszeuge Jidos Krell ist am Mittwoch über Bamberg nach Augsburg gekommen und hat sich, nachdem er auch bei den Alliierten keine Hilfe fand, völlig mittellos herumgetrieben. Er wurde am Donnerstag von der Augsburger Polizei in Schutzhaft genommen, vermutlich um in der Untersuchungssache gegen den Augsburger Reichstexten Thurn als Zeuge vernommen zu werden. Gegen Jidos Krell ist nach seiner Vernehmung richterlicher Haftbefehl wegen Verleitung zum Meineid erlassen worden.

Des D. O. S. gegen die Schandartikels.

Dem D. O. S. wird aus geschrieben: Die jetzt sich häufenden französischen und belgischen Schandartikels über Angehörige des ehemaligen Heeres haben den Deutschen Offiziers-Bund, Bundesverband Soldaten, veranlaßt, zur Wahrung der Ehre der Berufsklassen erneut Schritte beim Auswärtigen Amt zu tun. Alle diese Urteile beweisen nur, mit welcher Frivolität und Reichhaltigkeit fremde Gerichte Urteile über ehrenwerte Männer fällen. Es liegt nur die Pflicht vor, den deutschen Namen im In- und Auslande weites Herabzusetzen.

Von den Gemeindevorständen in Thüringen

Legen folgende Ergebnisse vor:
Weimar: Gewählt 18 Bürgerliche, 14 Soz., 5 Kom. (Bisher 17 Bürgerl., 4 Soz., 4 Kom.)
Gotha: Die Kommunisten erhielten 10, die Sozialisten 2, die Sozialdemokraten 2, die Demokraten 3 und der Bürgerblock 17 Mandate. Die bürgerlichen Parteien haben 1 Sitz gewonnen.
Jena: Soz. 10, Kom. 6, Kam. 5 und Bürgerbund 14 Mandate. Die Zusammensetzung des Stadtrates bleibt unverändert.
Arnstadt: Bürgerl. 16 Sitze (wie bisher), Soz. 11 (bisher 10 und Kom. 4 (bisher 5)).
Weimar: Es wurden abgegeben: für die bürgerliche Vereinigung 5380 Stimmen, für die Soz. 8882, für die Kom. 1157, für den Sparerbund 1776, für die Vereinigung für Volkswohlfahrt 1480, für die Arbeitsmerkmale (Angestellte) 693, für die Hilfe für Arbeiter und Volkswohlfahrt 870 und für die Nationalsozialisten 768 Stimmen.
Erfurt: Es entfielen auf die Dem. 1277 Stimmen, auf die U.S.P. 462, auf die Kom. 1875, auf die Hilfe für Beamte und Angestellte je 99, auf die Soz. 6868, auf die Aufwertungssitze 680 und auf die Einheitsliste 7720. Die bürgerlichen Parteien erhalten voraussichtlich 19, die Sozialisten 16 Sitze.
Weinungen: Kom. 469 Stimmen, Beamte 850, Wirtschaftspartei 888, Nationalist. 269, Vereinigung der Gemeinde Weinungen 287, Soz. 1002, Dem. 981 und Demokraten 1849.

Staatlich-kommunistischer Parteitag.

Der „Deutschnationaler Vertretertag“, der gestern im Landtaggebäude stattfand, schloß einmütig den Abg. Dr. Winkler zum Vorsitzenden der Partei. Vorher fanden Besprechungen über die politische Lage statt, bei denen u. a. Abg. Best über den von ihm eingebrachten Aufwertungsgesetzentwurf referierte.

Das Ende des „Böhmischen Kurier“.

München, 21. Febr. Als letzte der drei nach dem Hitler-Buch entstandenen nationalsozialistischen Münchener Tageszeitungen fällt in den nächsten Tagen der „Böhmische Kurier“ sein Erscheinen ein. Im Rahmen der neuen Organisation der nationalsozialistischen Arbeiterpartei beruht Hitler das Wiedererschließen des seit dem Hitler-Buch verfallenen „Böhmischen Kuriers“ vor-